

FlüchtlingsRAT NRWe.V.

Newsletter **September 2021**

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Bürgerinnen haben gewählt, doch eine Koalition hat sich noch nicht gefunden. Die SPD liegt mit 25,7% der Stimmen knapp vor der CDU, aber je nach Interessen, auch der Grünen oder der FDP, kommt eine sogenannte Jamaika- oder eine sogenannte Ampelkoalition für die Regierungsbildung in Betracht. Eine große Koalition halten die meisten in Union und SPD für ausgeschlossen.



/c/ Glenn Carsten Peters, CC-Lizenz

Asyl- und Flüchtlingspolitisch sind in beiden Dreierbündnissen auf Reibungspunkte programmiert. Im Falle einer Ampelkoalition gehen die Vorstellungen zum Beispiel bei dem Punkt AnKERzentren weit auseinander. Die SPD will sie zwar abschaffen, plädiert aber für zentralisierte Unterbringung in Sammelunterkünften während des Asylverfahrens, während sich die Grünen für dezentrale Unterbringung in Wohnungen aussprechen. Auch die FDP ist für eine zentrale Unterbringung bis zum Ende des Asylverfahrens und steht für eine konsequente Durchsetzung der Abschiebung nach Ablehnung eines Asylantrags ein. Das ergaben die Wahlprüfsteine von [PRO ASYL](#). In einer Jamaikakoalition könnte die Frage von Transitlagern vor den europäischen Außengrenzen zum Streitfall werden. Die Union sieht die Durchführung von Asylverfahren in europäisch verwalteten Entscheidungszentren als einen wesentlichen Baustein europäischer Migrationspolitik an. Die Liberalen haben diesem System gegenüber auch keine Vorbehalte, geben jedoch zu bedenken, dass Rechtsberatung und Möglichkeiten der rechtlichen Prüfung gegeben sein müssten. Ganz anders die Grünen: Sie lehnen europäische Außenlager per se ab.

Es zeichnen sich zu diesem Zeitpunkt keine klaren asyl- oder flüchtlingspolitischen Richtungen einer möglichen neuen Regierung ab. Zu unterschiedlich sind die Positionen der potenziellen Koalitionspartnerinnen. Abzuwarten sind die Gespräche und der ausgehandelte Koalitionsvertrag.

Wir schauen in diesem Newsletter auf die weiterhin schwierige Lage von afghanischen Flüchtlingen bei ihrem Versuch das Land zu verlassen, aber auch auf ihre Ankunft in NRW. Darüber hinaus beleuchten wir die Pläne der Landesregierung, ein neues Abschiebungsgefängnis zu bauen und stellen eine Studie der Uni Kiel vor, die die Auswirkungen der Pandemie auf Flüchtlinge in Sammelunterkünften untersucht hat.

Wenn Ihr einen Artikel in diesem Newsletter kommentieren, kritisieren oder loben wollt, schreibt einfach eine E-Mail an die Adresse newsletter@fnnrw.de. Unter www.fnnrw.de könnt Ihr Euch für den Newsletter an- oder abmelden.

Auswege aus Afghanistan

Ausreisewillige müssten Afghanistan sicher verlassen können. Diese Forderung richtete Heiko Maas bei der G20-Videokonferenz am 22.09.2021 an die neue afghanische Taliban-Regierung, berichtete der [Spiegel](#). Doch wer die Menschen aufnimmt, bleibt weiterhin unklar.

Im ganzen Land sind ca. 3,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Diese Zahl nannte Chris Melzer vom UNHCR-Deutschland dem [Bayrischen Rundfunk](#). Jede dritte Afghanin wisse nicht, woher sie die nächste Mahlzeit bekommen soll, heißt es. Diese Flüchtlinge sollen laut Plänen vieler EU-Außenminister, allen voran Horst Seehofer, in den Nachbarländern unterkommen, berichtete der Spiegel am 01.09.2021.

Anfang September war Heiko Maas eine Reise angetreten, um bei den Nachbarländern Afghanistans für die Ausreise der 40.000 Ortskräfte und ihrer Angehörigen zu werben sowie für die Migrationspläne der EU. Als Anreiz bringe er Hilfszusagen für die Länder mit, berichtete der [Tagesspiegel](#) am 30.08.2021.

Doch Iran, Pakistan und die zentralasiatischen Nachbarländer heißen Afghaninnen bisher nicht willkommen. Noch am 27.08.2021 meldete das [Redaktionsnetzwerk Deutschland](#), dass drei Afghanen bei dem Versuch, die pakistanisch-afghanische Grenze zu übertreten, getötet wurden. Die pakistanische Regierung hatte zuvor, laut Berichten des [Spiegels](#) vom 01.09.2021, angekündigt, keine weiteren afghanischen Flüchtlinge mehr aufzunehmen. Es herrsche die Wahrnehmung, dass Pakistan bereits die größte Zahl afghanischer Flüchtlinge aufgenommen hätte. Die Gesamtzahl schätzen die Autorinnen auf drei Millionen. Das Nachrichtenmagazin beleuchtet weiter in einem Überblick die Situation in den Nachbarländern. Der Iran zum Beispiel halte die Grenzen zu Afghanistan seit geraumer Zeit geschlossen und schiebe sogar mit dem Verweis auf die heftige fünfte Welle der Corona-Pandemie weiterhin in das Nachbarland ab. Auch in Usbekistan seien sie nicht willkommen, dort habe man nur Flüchtlinge mit Flugticket und Visum über die Grenze gelassen. Turkmenistan, eines der repressivsten Länder der Region, weise afghanische Flüchtlinge an der Grenze konsequent ab. Ganz anders Tadschikistan: Es hätte angekündigt 100.000 Menschen aufzunehmen. Doch der Staat sei einer der ärmsten der Region und könne ohne internationale Finanzmittel wenig Hilfe leisten.

In der Erklärung „[Gefährdete Afghaninnen und Afghanen weiter aufnehmen](#)“ vom 08.09.2021 forderten Dutzende zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter der Flüchtlingsrat NRW, Vereinbarungen mit den Nachbarländern zu treffen, um die gefährdeten Menschen zur Weiterreise nach Deutschland einreisen zu lassen. Charterflüge und Visa-on-Arrival sollen die schnelle Aufnahme in Deutschland ermöglichen.

Angekommen in NRW

Kurz nach der Machtübernahme der Taliban hatte das Land NRW öffentlich verkündet, 800 Ortskräfte und 1000 gefährdete Frauen mit deren Familien aufzunehmen, berichtete der [WDR](#) am 19.08.2021. Offizielle Zahlen, wie viele Menschen in NRW eingetroffen sind, sind bisher nicht veröffentlicht. Die Bundesregierung korrigierte zuletzt die Zahlen der insgesamt evakuierten Ortskräfte nach unten. Die [Zeit](#) zitierte am 16.09.2021 eine Meldung der Bundesregierung, in der von 231 Ortskräften die Rede war. Mit Familienangehörigen seien es 1.079 Menschen.

In Bonn seien allein 130 Personen untergekommen, gab die [Stadt](#) am 24.09.2021 in einer Meldung bekannt. Es würde sich um Personen handeln, die für Bonner Organisationen in Afghanistan tätig gewesen seien. Sie seien alle in kommunalen Flüchtlingsunterkünften untergekommen und hätten mit dem erteilten Visum auch Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Oberbürgermeisterin Katja Dörner hatte dem [General Anzeiger](#) am 30.08.2021 gesagt, dass sie 200 Ortskräfte in Bonn aufnehmen wolle – also auch über den offiziellen Verteilerschlüssel hinaus.

Auch in Südwestfalen sind 52 Ortskräfte angekommen. Einer von ihnen ist Masiullah Hafizi, den der [WDR](#) portraitiert. Er habe in Kabul für die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit Generatoren repariert. Jetzt lebt er mit seiner Familie in Siegen. Seine Frau erzählt, dass sie großes Glück gehabt hätten, weil sie auf einer Evakuierungsliste gestanden hätten und in einem kurzen Moment, in dem sich das Flughafentor geöffnet hatte, zum Flieger durchgekommen seien.

Ob weitere Menschen in NRW eintreffen, ist nach Ende der Evakuierungsmission abhängig vom politischen Willen weitere Afghaninnen über die Nachbarländer auszufliegen.

Planungen für weiteres Abschiebungsgefängnis am Düsseldorfer Flughafen

Am Düsseldorfer Flughafen soll ein neues Abschiebungsgefängnis mit Platz für bis zu 25 Personen entstehen. Das gab das Flüchtlingsministerium NRW (MKFFI) am 04.09.2021 gegenüber der [DPA](#) bekannt. Grund für den Neubau sei die „Sicherung des effektiven Verfahrens der Abschiebung“.

Der Flughafen Düsseldorf wird nach dem in Frankfurt am Main am häufigsten für Abschiebungen auf dem Luftweg genutzt. Das betraf im Jahr 2020 1.767 Menschen – so die [Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage](#) der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke vom 25.02.2021.



UfA Büren, Wikipedia, CC-Lizenz

NRW verfügt bereits über eine sogenannte „Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige“ in Büren, die mit 175 Haftplätzen die bundesweit größte Einrichtung dieser Art ist. Die Anzahl der Haftplätze dort könne das Land jederzeit erhöhen, gibt der Sprecher des Vereins „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.“, Frank Gockel, gegenüber dem [WDR](#) am 07.09.2021 zu bedenken. Dennoch

wolle die Landesregierung ein weiteres Gefängnis. Auch Julia Marmulla, Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE im Düsseldorfer Stadtrat, kritisiert den Bau eines neuen Abschiebungsgefängnisses. Sie sieht den Protest gegen Abschiebungen mit der Ausweitung von Abschiebungshaftplätzen erschwert. Die Praxis der Abschiebungshaft ist auch grundsätzlich umstritten. Der Anwalt Peter Fahlbusch gab im Interview mit [PRO ASYL am 16.08.2021](#) an, dass in Deutschland rund die Hälfte aller Menschen zu Unrecht in Abschiebungshaft säßen.

Seit 2015 bestimmen Begriffe wie „Vollzugsdefizit“ aus dem [Bericht des Innenministeriums vom April 2015](#) und [Merksels Ausspruch](#) „einer nationalen Kraftanstrengung“ vom 09.01.2017 den Diskurs um Abschiebung. Diese Politik äußert sich unter anderem in einer Ausweitung der Haftplätze in der Abschiebungshaft. So ergab die [Antwort der Bundesregierung](#) auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke vom 04.08.2021, dass im Mai 2021 619 Plätze in der Abschiebungshaft bundesweit zu Verfügung stehen. Im April 2017 waren es noch 400.

"Der politische Druck, Abschiebungen konsequent umzusetzen, ist insgesamt spürbar gestiegen.“ Zu diesem Ergebnis kommen Dalia Höhne und Elena Vorlaender in ihrem [Jahresbericht der Abschiebungsbeobachtung](#) vom 03.09.2021. Die beiden Abschiebungsbeobachterinnen an den Flughäfen in Nordrhein-Westfalen stuften 112 von 800 – das sind 14 % der beobachteten Abschiebungen - als problematisch ein. Das sei gegenüber 8,4 % im Vorjahr ein deutlicher Anstieg. Dabei sei es hauptsächlich um die Abschiebung von Erkrankten und die mögliche Gefährdung von Kindeswohl gegangen.

Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland, aus dem die meisten Abschiebungen erfolgen. Das geht aus dem zweiten [Quartalsbericht Sachstand staatliches Asylsystem des MKFFI](#) hervor. Zum Stichtag 30.06.2021 seien laut Statistik der Bundespolizei 1.404 Abschiebungen erfasst worden. Das sind 24,68% der bundesweit erfolgten Abschiebungen.

Studie über die Auswirkungen der Pandemie auf Flüchtlinge in Sammelunterkünften

„Du teilst Dir die gleiche Toilette mit über hundert Personen, man kann in solchen Situationen keine Hygieneregeln einhalten“, erklärt eine Bewohnerin einer Flüchtlingsunterkunft in der Studie [„Bedeutet unser Leben nichts?“](#), die im August 2021 erschienen ist. Die Forscherinnen der Uni Kiel untersuchten im Auftrag von Pro Asyl die Erfahrungen Asylsuchender während der Corona-Pandemie in Deutschland anhand von 16 qualitativen Interviews. Diese zeigten die Herausforderungen und Belastungen, denen Asylsuchende gegenüberstehen. Sie reichten von Rassismus, unzureichender medizinischer Versorgung, Lärmbelastung und fehlender Privatsphäre bis hin zu traumatischen Erfahrungen aufgrund von Abschiebungen und Security-Gewalt.

Die Pandemie wirke in diesem Zusammenhang problemverschärfend. Dr. Nikolai Huche erfuhr in den Interviews, dass sich die Befragten durch Mehrbettzimmer und geteilte Räumlichkeiten wie Speisesäle kaum durch soziale Distanzierung vor einer Infektion schützen konnten. Vielerorts fehlten Masken, Seife oder Desinfektionsmittel. „Mehrwöchige Quarantänen waren nicht nur psychisch belastend, sondern erhöhten – durch weiterhin enge Kontakte der Bewohner*innen untereinander – in

einigen Fällen auch die Infektionsgefahr. Sozialmanagement und Behörden waren teilweise nur noch begrenzt erreichbar,“ fasst der Forscher zusammen.

Die Quarantäne und Isolation beschreiben die Befragten als kontraproduktiv. Dort wo Quarantäne angeordnet wurde, erwies sich die Infektionsgefahr teilweise eher höher als reduziert, heißt es in der Studie. „So haben sich hunderte Menschen infiziert, während sie uns eingeschlossen haben. Die Situation hat sich dadurch verschlechtert. Als wir rausgehen konnten und auf uns selbst aufpassen, waren die Fälle nicht so hoch. Aber unmittelbar nachdem sie uns einschlossen, gingen die Fälle hoch,“ schildert eine Befragte.

Auch in Unterkünften in NRW gab es in diesem Jahr noch diverse Quarantäneanordnungen. Laut zweitem [Quartalsbericht Sachstand staatliches Asylsystem des MKFFI](#) des Flüchtlingsministeriums (MKFFI) des Landes erreichte die Zahl der Einrichtungen in Voll- oder Teilquarantäne in diesem Jahr im Mai ihren Höhepunkt. Am 11.05.2021 waren 70 % der Landesunterkünfte in Quarantäne.

Die Studie der Uni Kiel stellt die Unterbringung in Sammelunterkünften prinzipiell in Frage. Aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie leiten die Forscherinnen die Handlungsanweisung ab, Wohnungsunterbringung von Flüchtlingen Vorrang einzuräumen. Zudem sollte Flüchtlingen über eine Versicherung in der gesetzlichen Krankenkasse die gleiche gesundheitliche Versorgung wie allen Bürgerinnen zu Teil werden.

Termine

Online-Austausch, 29.09.2021: Flüchtlingsrat NRW „Aufenthaltsrechtliche Hürden bei der Vaterschaftsanerkennung“ 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Workshop, 30.09.2021: IDA NRW – projekt.kollektiv “Struggles and Utopias – Selbstorganisation, Intersektionalität und Empowerment im Kontext von Flucht und Migration“ 10:00 – 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [projekt.kollektiv](#) und projekt.kollektiv@ida-nrw.de.

Online-Vortrag, 30.09.2021: Evangelische Akademie im Rheinland „Afghanistan – ein Land im Dauerkonflikt“ 14:00 – 16:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [Evangelische Akademie im Rheinland](#) und schroth@diakonie-neuwied.de.

Gevelsberg, 30.09.2021: Verlag Große Sprünge „Lesung mit Brigitte Heidebrecht: Fernreise daheim – von Flüchtlingen, Kulturen, Identitäten und anderen Ungereimtheiten“ 18:00 Uhr. Weitere Informationen und Termine in anderen Städten unter [Verlag Große Sprünge](#).

Online-Seminar, 01.10.2021: agisra e.V. „Selbstbestimmungsrechte junger Migrantinnen* - gegen Zwangsverheiratung und familiäre Gewalt“ 10:00 – 15:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [agisra](#) und seminare@agisra.org.

Dortmund, 05.10.2021: Institut für Kirche und Gesellschaft „(Des-)Integration!? Vielfalt in Gesellschaft und Kirche“ mit Max Czollek, Prof. Dr. Annette Treibel, 9:30 - 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [Institut für Kirche und Gesellschaft](#).

Online-Fortbildung, 05.10.2021: Die Akademie der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V. „Migrationsrechtliche Probleme bei Gewalt und Trennung“ 14:00 – 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen e.V.](#)

Online-Austausch, 05.10.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Besondere Bedarfe jugendlicher Flüchtlinge“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Essen, 07.10.2021: agisra e.V. „Unterstützung und Stärkung geflüchteter Frauen* und Migrantinnen*“ 10:00 – 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [Akademie autonomer Frauenberatungsstellen NRW](#).

Köln, 08.10.2021: Stadt Köln „Auftaktveranstaltung (Post)koloniales Erbe der Stadt Köln“ 16:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [Bildungsportal](#) und postkolonial@stadt-koeln.de.

Dortmund, 08.10.2021: Landesfachstelle #MAQ „Fachtag: Anders gemacht oder neu gedacht? Neue Perspektiven und Ansätze zum Integrationsdiskurs“ 10:00 – 16:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [Mehr als queer](#) und info@mehralisqueer.de.

Online-Schulung, 12.10.2021: Flüchtlingsrat NRW „Basisseminar Asylrecht“. 17:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Austausch, 13.10.2021: Flüchtlingsrat NRW „Digitalisierung auf dem Arbeitsmarkt als zusätzliche Barriere für Flüchtlinge in Ausbildung während der Pandemie“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf Flüchtlingsrat [NRW](#).

Bonn, 15.-17.10.2021: Friedrich-Ebert-Stiftung NRW „Helfer_innenseminar: Unterstützung und Austausch für die ehrenamtliche Geflüchtetenarbeit“ 15.10., 17:00 Uhr – 17.10., 15:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [FES](#) und Damian.Jordan@fes.de.

Online-Austausch, 18.10.2021: Flüchtlingsrat NRW „Kommunikation mit Behörden“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Schulung, 19.10.2021: Flüchtlingsrat NRW „Rechtliche Rahmenbedingungen des Zugangs von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt“. 16:30 - 19:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Kurzschulung, 20.10.2021: Flüchtlingsrat NRW „Inhaltliche Argumentation gegen Vorurteile über Flüchtlinge“. 17:00 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Bonn, 22.10. – 23.10.2021: Evangelische Akademie im Rheinland und Afghanic e.V. „Afghanistan 2021 – die humanitäre Lage“ 22.10., 10:00 Uhr – 23.10.2021, 16:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [Evangelische Akademie im Rheinland](#) und martina.steffen@akademie.ekir.de.

Online-Austausch, 27.10.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Leben in Gemeinschaftsunterkünften“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Seminar, 10.11.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Traumasensibler Umgang mit Flüchtlingen“. 17:30 – 20:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

Online-Seminar, 02.11.2021: Friedrich-Ebert-Stiftung NRW „Rassismus und Diskriminierung – ein Argumentationstraining“ 17:00 – 20:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [FES](#) und Damian.Jordan@fes.de.

* Der Vorstand des Flüchtlingsrats NRW hat beschlossen, künftig in allen Publikationen des Vereins das generische Femininum zu verwenden. Das bedeutet, dass wir in Fällen, in denen das biologische Geschlecht der bezeichneten Personen oder Personengruppen nicht feststeht oder keine für das Verständnis der Aussage relevante Bedeutung hat, ausschließlich die weibliche Bezeichnung verwenden.

Flüchtlingsrat NRW e.V. – Wittener Straße 201 – 44803 Bochum

www.frnw.de

V.i.S.d.P.: Birgit Naujoks, c/o Flüchtlingsrat NRW e.V., Wittener Straße 201, 44803 Bochum